

Finanzausgleichsordnung

(FAusglO)

der Partei

Die Heimat (HEIMAT)

Parteiengesetz § 22 (parteiinterner Finanzausgleich)

Die Bundesverbände der Parteien haben für einen angemessenen Finanzausgleich für ihre Landesverbände Sorge zu tragen.

Parteiinterner Finanzausgleich im Sinne des § 22 Parteiengesetz (PartG)

§ 1 Parteiinterner Finanzausgleich

Die Landesverbände erhalten aus den Bundesmitteln der staatlichen Teilfinanzierung der politischen Parteien einen parteiinternen Finanzausgleich.

§ 2 Berechnungsgrundlage

¹Die Berechnung des parteiinternen Finanzausgleichs erfolgt auf der Grundlage des jeweils von der Bundestagsverwaltung veröffentlichten Finanzberichtes. ²Berücksichtigung findet nur die Ausschüttung an die Bundespartei. ³Nicht berücksichtigt werden die den Landesverbänden direkt zufließenden Gelder aufgrund ihres bei Landtagswahlen erzielten Stimmenkontos.

§ 3 Vomhundertsatz der Ausschüttung

Es werden 25% der im Quartal an die Bundespartei ausgezahlten Summe ausgeschüttet.

§ 4 Anspruchsverrechnung und Fristversäumnis bei Rechenschaftsberichten

¹Der Parteivorstand kann Ansprüche der Landesverbände aus dem parteiinternen Finanzausgleich mit bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber den Landesverbänden verrechnen. ²Reichen Landesverbände ihren Rechenschaftsbericht nicht bis zum 30. Juni des Folgejahres (Verlängerungsfrist zum regulären Termin 30. April) ein und/oder reichen mehr als ein Kreisverband aus dem jeweiligen Landesverband nicht bis zum 30. Mai des Folgejahres (Verlängerungsfrist zum regulären Termin 31. März) den Rechenschaftsbericht ein, so hat diese Fristversäumnis zur Folge, daß die Landesverbände im darauffolgenden Jahr nicht an den innerparteilichen Finanzausgleich teilnehmen. ³Der freiwerden-

de Betrag wird dann entsprechend dem rechnerisch ermittelten Verteilungsschlüssel auf die am parteiinternen Finanzausgleich teilnehmenden Landesverbände verteilt. ⁴Bei Vorliegen besonderer Umstände, die eine verzögerte Abgabe des Rechenschaftsberichts ohne eigenes Verschulden begründen, kann auf die oben genannten Rechtsfolgen verzichtet werden. ⁵Über den Verzicht entscheidet auf Antrag der Parteivorstand.

§ 5 Berechnungsgrundverfahren

¹Berechnungsgrundlage für die Anteile der einzelnen Landesverbände sind zu gleichen Teilen, die im Landesverband von ihm selbst und von seinen Kreisverbänden erzielten Beitragseinnahmen, Mandatsträgerbeiträge und Spenden von natürlichen Personen bis zu 3.300,00 € und das bei bundesweiten Wahlen erreichte Stimmenkonto des Landesverbandes. ²Berücksichtigt werden nur die bis zum 30. Juni eingegangenen Rechenschaftsberichte für das Vorjahr, die vollständig sind und den Forderungen des Parteiengesetzes entsprechen.

§ 6 Regelung bei Schwerpunktwhalen

Erklärt der Parteivorstand mit Zweidrittelmehrheit bestimmte Landtagswhalen zu Schwerpunktwhalen kann eine oder können mehrere Quartalsauszahlungen an die übrigen Landesverbände um bis zu einem Drittel gekürzt werden. Dies bezieht sich nur auf den Zeitraum vor den erklärten Schwerpunktwhalen. Der frei werdende Betrag muß vollständig in die erklärte(n) Schwerpunktwahl(en) fließen.

§ 7 Jährliche Anpassung

Der Parteivorstand ist bevollmächtigt die Beträge entsprechend der jährlichen Schlußfestsetzung der staatlichen Teilfinanzierung durch den Bundestagspräsidenten anzupassen.

§ 8 Inkrafttreten

Die Ordnung ist rückwirkend ab dem 1. Januar 2010 wirksam. Sie wurde auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 5. Juni 2010 in Bamberg beschlossen und auf dem 33. ordentlichen Bundesparteitag am 13. November 2011 in Neuruppin, auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 22. November 2015 in Weinheim und auf dem 22. außerordentlichen Bundesparteitag am 3. Juni 2023 in Riesa geändert.